



KLIENTEN-INFO

EIN SERVICE FÜR KLIENTEN UND INTERESSENTEN



VERRECHNUNGSPREISDOKUMENTATIONSPFLICHT IN ÖSTERREICH ERWARTET

Mit dem **EU-Abgabenänderungsgesetz 2016** wurde unlängst auch das Verrechnungspreisdokumentationsgesetz im **Be-gutachtungsentwurf** veröffentlicht.

Die **konzerninternen Verrechnungspreise** sind ja in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus bei Betriebsprüfungen geraten und verlangen den Nachweis, dass **konzerninterne** grenzüberschreitende **Transaktionen fremdüblich** („at arm's length“) vergütet werden. Aufbauend auf dem **BEPS-Projekt der OECD** wie auch im Sinne einer EU-Richtlinien-Umsetzung ist nun auch für österreichische Unternehmen eine **dreistufige Verrechnungspreisdokumentationspflicht** vorgesehen. Diese umfasst das **Masterfile** für den Konzern insgesamt, das **Countryfile/Local File** für die jeweilige Landesgesellschaft wie auch den

völlig neu eingeführten **Country by Country Report** (CbC-Report). Der Gesetzesentwurf bezeichnet diese Teilbereiche als **Stammdokumentation, landesspezifische Dokumentation** und **länderbezogene Berichterstattung**. Da bereits **Wirtschaftsjahre** ab dem **1.1.2016** betroffen sind, ist schnelles Handeln empfehlenswert.

Wenngleich die österreichische Finanzverwaltung schon bisher und nach wie vor – mit Hinweis auf die allgemeinen Nachweispflichten gemäß **BAO** – von einer **Verrechnungspreisdokumentationspflicht** ausgegangen ist, sieht der Gesetzesentwurf für österreichische Unternehmen in einem internationalen Konzernverbund bei Überschreiten bestimmter Grenzen nunmehr eine **standardisierte Verrechnungspreisdokumentationspflicht** vor.

INHALT JUNI 2016

- » Verrechnungspreisdokumentationspflicht in Österreich erwartet
- » Kreditbearbeitungsgebühr laut OGH doch zulässig
- » BFG zur Hauptwohnsitzbefreiung beim Verkauf von Eigenheimen
- » Vorsteuervergütung für Drittlands-Unternehmer
- » Handwerkerbonus für zwei weitere Jahre verlängert!
- » Kein Werbungskostenpauschale ohne tatsächlich angefallene Werbungskosten

VERRECHNUNGSPREISDOKUMENTATIONSPFLICHT IN ÖSTERREICH ERWARTET

(Fortsetzung von Seite 1)

Dies betrifft jedenfalls die Aufbereitung bzw. Weitergabe einer Stammdokumentation/Masterfile sowie einer landesspezifischen Dokumentation (Local File), sofern nicht die **Ausnahmebestimmungen** zutreffen. Diese sollen jedoch sehr restriktiv gehandhabt werden, da nur **Umsatzerlöse unter 50 Mio. € im Vorjahr** von dieser standardisierten Verrechnungspreisdokumentationspflicht befreit werden. Bei einem Kommissionär oder Handelsvertreter reicht es zur Dokumentationsverpflichtung bereits aus, wenn im Vorjahr mehr als **5 Mio. € an konzerninternen Provisionen** erwirtschaftet wurden, selbst wenn die 50 Mio. € Umsatzerlöse nicht überschritten wurden.

Bei der Aufbereitung der **Stammdokumentation** für in Österreich ansässige Unternehmen wie auch für die Erstellung der **landesspezifischen Dokumentation** sieht der Gesetzesentwurf **keine eindeutigen Vorgaben** vor. Allerdings soll eine Konkretisierung im Verordnungswege erfolgen. Anzunehmen ist, dass die österreichische Finanzverwaltung hierbei ebenfalls den OECD-Vorgaben folgen wird und daher z.B. bei der **landesspezifischen Dokumentation** Fokus auf die **Angemessenheit** der konzerninternen Transaktionen legt. Obwohl keine verpflichtende Abgabe der

Verrechnungspreisdokumentation, etwa gemeinsam mit der Steuererklärung, geplant ist, ist die **zeitgerechte Aufbereitung der Verrechnungspreisdokumentation ratsam**. Dem Gesetzesentwurf folgend können die Finanzbehörden nach **Abgabe der Steuererklärung** (erstmalig für die Veranlagung 2016) die Verrechnungspreisdokumentation des österreichischen Unternehmens anfordern, welche dann **innerhalb von 30 Tagen** zur Verfügung gestellt werden muss. Es sind dann Masterfile (Stammdokumentation) und Countryfile (landesspezifische Dokumentation) vorzulegen. Bezüglich der **Sprache** der Verrechnungspreisdokumentation dürfte sich im Vergleich zur bisherigen Praxis nicht viel ändern. Die Dokumentation muss in deutscher Sprache (bzw. in einer anderen österreichischen Amtssprache) aufbereitet werden, wobei auch die Vorlage einer Dokumentation in **englischer Sprache** für die Wahrung der 30-Tage-Frist ausreichend ist. Sofern es die Finanzbehörden für notwendig erachten, können sie jedoch eine **beglaubigte Übersetzung** (auf Deutsch) der Verrechnungspreisdokumentation verlangen.

Mit dem **CbC-Report** wurde im Rahmen des OECD BEPS-Projekts eine zusätzliche **Verrechnungspreisdokumentationskom-**

ponente eingeführt, welche nun auch in das österreichische Recht übernommen werden soll. Es handelt sich dabei vor allem um eine **jährliche** länderweise aggregierte Darstellung von diversen **Unternehmenskennzahlen** wie z.B. gezahlte Ertragsteuern, noch zu zahlende Ertragsteuern (laufendes Jahr), Beschäftigtenanzahl usw. Diese Daten sollen den Finanzverwaltungen der verschiedenen Länder die Risikoanalyse und Auswahl der zu prüfenden Unternehmen erleichtern – **keinesfalls** darf jedoch allein aus diesen Daten geschlossen werden, dass die Verrechnungspreise eines Konzerns nicht dem Fremdüblichkeitskriterium entsprechen. Diese zusätzliche Informationsaufbereitung betrifft nur große Konzerne, da ein **konsolidierter Gesamtumsatz von 750 Mio. € im Vorjahr** überschritten werden muss. Sofern eine österreichische Gesellschaft zur Abgabe der **länderbezogenen Berichterstattung** (via FinanzOnline) verpflichtet ist, jedoch dieser Verpflichtung nicht bzw. nicht zeitgerecht oder unrichtig bzw. unvollständig nachkommt, kann es **bei Vorsatz** zu einer Geldstrafe von bis 80.000 € kommen. Bei **grober Fahrlässigkeit** beträgt die maximale Geldstrafe 25.000 €. Wir werden Sie über den weiteren Gesetzwerdungsprozess informieren.

KREDITBEARBEITUNGSGEBÜHR LAUT OGH DOCH ZULÄSSIG

Hatte es im Juli 2015 aufgrund eines Urteils des Landesgerichts Innsbruck noch ausgesehen als wäre die Verrechnung einer **Kreditbearbeitungsgebühr** für **Konsumkredite unzulässig**, so hat der **OGH** nunmehr am 30.3.2016 (GZ 6 Ob 13/16d) anders entschieden.

Die in der Klage des Vereins für Konsumentinformation vorgebrachten Argumente, dass die Bearbeitung des Kreditantrages im Interesse der Bank liegt (und durch die Zinsen abgegolten wird), eine pauschale Bearbeitungsgebühr die Kunden benachteiligt und es zu keiner aliquoten Rückerstattung bei vorzeitiger Rückzahlung des Kredits kommt, hat das Höchstgericht letztlich nicht geteilt. **Anders als in Deutschland** sieht der OGH die

Kreditbearbeitungsgebühr als **Teil** der zu vereinbarenden **Hauptleistung** und **nicht** bloß als **Nebenleistung** an. Damit kommt es auch nicht zur Anwendung von § 879 Abs. 3 ABGB, welcher in den **Allgemeinen Geschäftsbedingungen** enthaltene **Nebenbedingungen**, die eine Partei gröblich benachteiligen, für **nichtig** erklärt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass der OGH die mit der Kreditbearbeitungsgebühr abgegoltene **Bonitätsprüfung** auch als Schutzmechanismus und damit **im Interesse des Kreditnehmers** sieht. Auch gegen die wertabhängige Gebührengestaltung (bestimmter Prozentsatz der Kreditsumme ohne Nachweis des tatsächlichen Aufwands) hat der OGH nichts einzuwenden, zumal sich

vergleichbare Abgeltungsformen auch in anderen Bereichen wie beispielsweise bei Maklern oder Rechtsanwälten finden. Etwas **künstlich** mutet schließlich noch eine letzte Würdigung des OGH an: Würde man die Verrechnung eines Bearbeitungsentgelts nachträglich für unzulässig erklären, hätte dies zur Folge, dass die Kunden den Kredit zu einem niedrigeren Entgelt als dem vertraglich vereinbarten **Effektivzins** erhielten.

Da noch weitere Klagen zu dieser Thematik anhängig sind, **bleibt abzuwarten**, ob die im gegenständlichen Urteil zum Ausdruck gebrachten Wertungen in den unterschiedlichen Senaten des OGH **einheitlich gesehen** werden.

BFG ZUR HAUPTWOHNSITZBEFREIUNG BEIM VERKAUF VON EIGENHEIMEN

Durch die **Hauptwohnsitzbefreiung** soll die Besteuerung beim **Grundstücksverkauf** im **Privatbereich** unter bestimmten Voraussetzungen verhindert werden. Grund dafür ist auch, dass der Veräußerungserlös aus dem Hauptwohnsitz vollumfänglich für die Reinvestition in eine neue Immobilie verwendet werden soll. Die **Hauptwohnsitzbefreiung** gilt in **zwei Fällen**, nämlich wenn der Veräußerer ab der Anschaffung bis zur Veräußerung für **mindestens zwei Jahre** die Eigentumswohnung bzw. das Eigenheim samt Grund und Boden **durchgehend als Hauptwohnsitz** genutzt hat und dieser Hauptwohnsitz aufgegeben wird **oder** Eigenheim/Eigentumswohnung **innerhalb** der letzten **10 Jahre** vor der Veräußerung **mindestens 5 Jahre** durchgehend als Hauptwohnsitz gedient haben und der Hauptwohnsitz aufgegeben wird.

Das **BFG** hatte sich unlängst mit der Anwendbarkeit der Hauptwohnsitzbefreiung auseinandersetzen (GZ RV/4100952/2015 vom 3.12.2015 und GZ RV/7102376/2015 vom 24.3.2016). Im ersten Fall ging es um die Frage, ob die **Hauptwohnsitzbefreiung** auch dann **gegeben** ist, wenn die **Abmeldung** des früheren Hauptwohnsitzes **nicht rechtzeitig** erfolgt ist und somit die für die Hauptwohnsitzbefreiung wichtige **fünffährige durchgehende Nutzung** des späteren Hauptwohnsitzes (der dann verkauft wurde) gemessen am **Melderegister** nicht erfüllt gewesen wäre. Das BFG überzeugte jedoch das **Gesamtbild**, welches dafür spricht, dass **schon länger kein Hauptwohnsitz mehr** an der **früheren Wohnstätte** bestanden hatte. Begründet wurde dies unter anderem mit Stromrechnungen, die einen **eklatanten Rückgang des Stromverbrauchs** zeigten, wie auch mit einem Rückgang des Warm- und Kaltwasserverbrauchs. Nach der Ansicht des BFG kann sich nämlich bei dem Verbrauch von nur 1m³ Warm- und 1m³ Kaltwasser für ein gesamtes Jahr und bei **gar keinem Bezug von Warmwasser** im Folgejahr die Frage nach der **tatsächlichen Nutzung der Wohnung** überhaupt nicht stellen. Ebenso lässt der **Bezug einer Tageszeitung** an die später veräußerte Wohnadresse

darauf schließen, dass hier schon länger ein Hauptwohnsitz bestand und somit die Anwendung der **Hauptwohnsitzbefreiung** bei Veräußerung der Wohnung gerechtfertigt ist.

In dem **anderen Fall** war strittig, ob die Anwendung der **Hauptwohnsitzbefreiung** auf **zwei nebeneinanderliegende Grundstücke** erfolgen kann. Die Eigentümer wollten bei dem zeitgleichen Verkauf der beiden aneinandergrenzenden Grundstücke die **Hauptwohnsitzbefreiung für beide Grundstücke** geltend machen. Es handelt sich dabei einerseits um ein Grundstück mit Garten und renovierungsbedürftigem Einfamilienhaus und andererseits um ein unbebautes Grundstück mit einem größeren Garten – bei diesem Grundstück waren die Verkäufer der Ansicht, dass es über keinen eigenen Zugang verfügt und dies ein starkes Argument für die Anwendung der Hauptwohnsitzbefreiung auf beide Grundstücke darstellt. Das **BFG folgte dieser Ansicht** jedoch **nicht** und sah die **Hauptwohnsitzbefreiung nur** auf das **Grundstück mit dem renovierungsbedürftigen Einfamilienhaus** anwendbar. Begründet wurde dies vor allem damit, dass es sich **laut Grundbuch** um **zwei getrennte, eigenständige Grundstücke** (mit verschiedenen Einlagenzahlen und Grundstücksnummern) handelt und auch **unterschiedliche Eigentumsverhältnisse** vorliegen – ein Grundstück gehörte einem der Verkäufer alleine während bei dem anderen Grundstück beide Verkäufer jeweils Hälfteeigentümer waren.

Außerdem ist noch zu berücksichtigen, dass die **Hauptwohnsitzbefreiung** als **Gebäudebefreiung** zu sehen ist und nur jener Grund und Boden befreit sein soll, der üblicherweise als Bauplatz benötigt wird bzw. insoweit er der Nutzung des Eigenheims oder Eigentumswohnung **als Garten oder Nebenfläche dient**. Der Umstand, dass die beiden Grundstücke in einem einzigen Vorgang veräußert wurden, begründet jedoch keine Hauptwohnsitzbefreiung für beide Grundstücke.



KURZ-INFO

VORSTEUER- VERGÜTUNG FÜR DRITTLANDSUNTERNEHMER

Am **30.6.2016** endet die Frist für die Rückvergütung von in **Drittländern** (z.B. Schweiz, Türkei) entrichteten **Vorsteuerbeträgen**. Österreichische Unternehmen, die davon betroffen sind, sollten daher **rechtzeitig** einen entsprechenden **Antrag** stellen.

Die Frist gilt aber auch für **ausländische Unternehmer** mit Sitz **außerhalb** der **EU**. Diese können **bis zum 30.6.2016** einen Antrag auf **Rückerstattung** der **österreichischen Vorsteuern** für das Jahr **2015** stellen. Zuständig für die Anträge ist das **Finanzamt Graz-Stadt** (Antragstellung mit dem **Formular U5** und bei erstmaliger Antragstellung Fragebogen Verf 18). **Belege** über die entrichtete Einfuhrumsatzsteuer und sämtliche Rechnungen sind dem Antrag **im Original** beizulegen.

Nicht zu verwechseln ist der Termin mit der **Frist für die Vorsteuervergütung innerhalb der EU**, welche erst am **30. September 2016** endet. Anträge für dieses Vergütungsverfahren müssen elektronisch via **FinanzOnline** eingebracht werden.

HANDWERKERBONUS FÜR ZWEI WEITERE JAHRE VERLÄNGERT!

Gute Nachrichten für alle jene, bei denen **Renovierungsarbeiten** anstehen. Der seit 2014 bestehende **Handwerkerbonus** wird **auch für die Jahre 2016 und 2017** wieder neu aufgelegt. An Förderungen stehen für die beiden Jahre **insgesamt 40 Mio. €** zur Verfügung (vermutlich jeweils 20 Mio. € pro Jahr, wobei für die Fortführung der Aktion im Jahr 2017 ein im Jahr 2016 zum Vorjahr schwächeres reales Wirtschaftswachstum Voraussetzung ist).

Gefördert werden Leistungen, die **ab dem 1. Juni 2016** erbracht werden. Eine **Antragstellung** wird voraussichtlich **ab Anfang Juli 2016** bei den **Bausparkassen möglich sein**. Die **genauen Richtlinien befinden sich derzeit in Ausarbeitung und werden rechtzeitig veröffentlicht**. **Eckpunkte der Förderung** sind wie bisher:

» Förderung **handwerklicher Tätigkeiten für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen von Wohnraum in Österreich** (keine Förderung hingegen für Neubaumaßnahmen und

Arbeiten an Gebäudeteilen, die nicht zu Wohnzwecken genutzt werden);

» die **maximale Fördersumme** liegt **pro Person und Jahr** bei **600 €** (20% der Kosten für Arbeitsleistung und Fahrtkosten bei einer Obergrenze von 3.000 € netto);

» die förderfähigen Arbeitsleistungen und Materialkosten müssen in der Endrechnung des mit entsprechender **Gewerbeberechtigung** ausgestatteten Handwerkers gesondert ausgewiesen werden;

» förderberechtigt sind nur natürliche Personen (Achtung: **maximal ein Antrag pro Person und Jahr**, auch wenn damit die maximale Fördersumme noch nicht ausgeschöpft werden konnte);

» eine zusätzliche Inanspruchnahme von sonstigen Förderungen (z.B. steuerfreie Zuschüsse, Steuerbegünstigungen) ist nicht möglich;

» die Vergabe der Förderung erfolgt in der Reihenfolge der einlangenden Anträge.



Aufgrund der **Registrierkassenpflicht für Handwerker** kann der **Nachweis der erfolgten Zahlung** durch den Förderwerber entfallen. Im Sinne der Verwaltungsvereinfachung soll also eine **bar bezahlte Handwerkerleistung** per se nicht mehr von der Förderung ausgeschlossen sein.

KEIN WERBUNGSKOSTENPAUSCHALE OHNE TATSÄCHLICH ANGEFALLENE WERBUNGSKOSTEN

Die Pauschalierung von Werbungskosten ist eine in der Praxis relevante **Verwaltungsvereinfachung**, weil in Fällen, in denen eine genaue Ermittlung der Werbungskosten mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten verbunden ist, **Durchschnittsätze** im Verordnungswege festgelegt werden können. **Praktische Bedeutung** hat dies beispielsweise für **unselbständig tätige Vertreter**, Journalisten, Musiker oder Schauspieler. In einer jüngst ergangenen Entscheidung hat das BFG (GZ RV/2100004/2015 vom 21.4.2016) festgehalten, dass die Verordnung über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für Werbungskosten bei bestimmten Berufsgruppen (BGBl. Nr. 382/2011) bei **verfassungskonformer Auslegung nicht dazu dienen darf, Werbungskosten** (in pauschaler Höhe) auch in Fällen **zuzuerkennen**, in denen derartige **Werbungskosten gar nicht anfallen können**.

Voraussetzung für den **Abzug von Werbungskosten** ist demnach, dass der Steuerpflichtige **abzugsfähige Ausgaben** überhaupt **zu tragen hat**. Dies erfordert einen entsprechenden **Nachweis** bzw. zumindest eine **Glaubhaftmachung**. Im Anlassfall war bei einem **Vertreter** nach der Aktenlage nur von **marginalen Ausgaben** (Internet zuhause, kleinere Bewirtungsrechnungen) auszugehen, welche im allgemeinen Pauschalbetrag von jährlich 132 € als Werbungskostenpauschale (für alle Arbeitnehmer) Deckung finden.

Die **Entscheidung des BFG** steht damit in einem **Spannungsverhältnis** zur mit der Verordnung angedachten **Zielsetzung**, nämlich einen **pauschalen Werbungskostenabzug** aus **Vereinfachungsgründen** auch ohne Aufzeichnungspflichten zuzulassen. Wie die Glaubhaftmachung zu erfolgen hat, ist aus der Entscheidung ebenso nicht ersichtlich. Inwieweit sich

aus dieser Sichtweise auch Auswirkungen auf andere (gesetzliche) Betriebsausgabenpauschalierungen ergeben, bleibt abzuwarten. Insbesondere beim **6%igen Betriebsausgabenpauschale** bei Einkünften von wesentlich beteiligten **Gesellschafter-Geschäftsführern** oder **Aufsichtsräten** (welche oftmals auch weite Teile ihrer Spesen ersetzt bekommen) könnte die in der Entscheidung des BFG aufgezeigte Problematik unter Umständen künftig virulent werden.

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Klienten-Info - Klier, Krenn & Partner KG

Redaktion: 1090 Wien, Julius-Tandler-Platz 6/9.
Richtung: unpolitische, unabhängige Monatschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist.

Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr.

© www.klienten-info.at

© Konzept & Design: DI(FH) Sylvia Fürst